

Danziger Dampfboot.

N^o 187.

Dienstag, den 13. August.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition's Portschiffengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postämtern pro Quartal 1 Thlr. — Dießige auch pro Monat 10 Sgr.



1867.

38ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr. Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Metemeyer's Centr.-Bzgs. u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

München, Montag 12. August.

Die „autographirte Korrespondenz“ glaubt mittheilen zu können, daß bezüglich der Wahlen zum Zollparlament keine Vereinbarung zwischen den Südstaaten zu Stande gekommen ist und sonach die einzelnen Staaten die Wahlen nur für sich und aus sich vollziehen werden.

Paris, Montag 12. August.

Der König von Schweden hat heute Morgen, das portugiesische Königspaar gestern Abend Paris verlassen. Der König von Griechenland wird, „Etenandar“ zufolge, zum Napoleonsfeste in Chalons eintreffen, nach kurzem Aufenthalte nach London gehen und sodann nach Dänemark zurückkehren.

Florenz, Montag 12. August.

In der heutigen Sitzung des Senates gab Rattazzi die Zusicherung, daß der Zwangskurs im Laufe des Jahres 1868 aufgehoben werden solle. Die Regierung, erklärte derselbe, halte es für notwendig, die Wohlfahrt des Landes zu entwickeln, ehe zu neuen Auflagen geschritten werde. Sie werde ein vollständiges System von Maßregeln zur Sicherung des Budgetgleichgewichts vorlegen und verbürge sich dafür, daß die auferlegten Opfer zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen führen werden. Der Senat nahm Akt von dieser Erklärung und genehmigte sodann das Kirchengütergesetz mit 84 gegen 29 Stimmen.

Korfu, Sonnabend 11. August.

Das griechische Uebungslager an der türkischen Grenze, nach welchem die Reserven dirigirt werden, ist unter das Commando der Generale Souzo und Smolenz gestellt. Zehn Feldbatterien sind in Bereitschaft gesetzt. Zur Bewaffnung der Nationalgarden erwartet die Regierung 30,000 Gewehre. — Die Unterzeichnungen für die Nationalanleihe haben bis jetzt einen Betrag von 12 Millionen Drachmen ergeben.

Politische Rundschau.

In politischen Kreisen taucht gegenwärtig neben anderen auch das eigenthümliche, übrigens mit unsern Anschauungen durchaus harmonisirende Gerücht auf, die österreichische Regierung habe die Absicht, an dem bevorstehenden Jahrestage des Prager Friedensschlusses die Erklärung abzugeben: daß sie nunmehr die nord-schleswigsche Angelegenheit als erledigt betrachte und auf das Recht einer weiteren Einmischung verzichte, da die dänische Bevölkerung Nordschleswigs sich innerhalb Jahresfrist nicht veranlaßt gefunden habe, ihren Wunsch, mit Dänemark wiedervereinigt zu werden, in freier Abstimmung zu erkennen zu geben, die aufregende Situation aber einmal ein Ende nehmen müsse. — Wir überlassen es natürlich den Urhebern jenes Gerüchtes, dasselbe weiter zu begründen, können jedoch nicht umhin, die Ansicht auszusprechen, daß auf solche Weise allerdings am einfachsten eine, die ganze politische Welt fortwährend schaufrühende Angelegenheit beseitigt würde, indem alldann Niemandem mehr ein Recht der Einsprache zustände, weil sich die beiden einzigen Vertragsmächte in der Sache geeinigt hätten. Wir wollen damit jedoch nicht gesagt haben, daß wir auch nur entfernt dem fraglichen Gerüchte eine solide Basis beimessen. —

Aus Paris wird gemeldet, daß der Kaiser Napoleon vor seiner Abreise nach dem Lager von Chalons den Marquis de Moustier beauftragt habe, eine Circulardepesche über die Reise nach Salzburg zu erlassen und jeden politischen Zweck derselben ent-

schieden zu leugnen: Frankreich wolle zwar freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich erhalten, allein keine speciellen Allianzen schließen; gegen Preußen habe das Tuilerien-Cabinet keine Beschwerden zu führen, siehe mit der genannten Macht vielmehr auf einem guten Fuße. Ferner meint man in Paris, daß Herr Rouher sich in Karlsbad wohl nicht langweilen werde; vielleicht komme dort eine Art von Ministercongreß zu Stande, indem während der Anwesenheit des französischen Ministers auch Graf von Bismarck und Herr von Beust, sowie möglicherweise auch Marquis de Moustier sich in dem genannten Badeort einfinden würden.

Die Lage des Kaisers Napoleon wird, das liegt klar zu Tage, immer bedenklicher. Seit dem Beginne dieses Jahres hat das napoleonische Regiment nichts als Niederlagen erfahren. In der innern Politik sind die Niederlagen am bedeutsamsten. In allen bürgerlichen Kreisen manifestirt sich eine fortdauernd wachsende Entfremdung gegen die regierende Gewalt, die freilich noch nicht so stark geworden ist, daß ein Angriff gegen sie augenblicklich zu erwarten steht. Aber jede Sympathie, jede Begeisterung für das Gouvernement ist vollständig verschwunden. Die Verminderung der Einnahmen aus den indirekten Steuern ist eine bedenkliche Thatsache, welche die Abnahme des Wohlstandes unwiderleglich dokumentirt. Noch bedenklicher für den zweiten Dezember ist die Lage der auswärtigen Politik; in allen bedeutenden Fragen hat Napoleon Niederlagen erlitten. „Während wir“, schreibt man aus Paris, „in Mexiko das Unrecht rächen wollten, das unseren Landesleuten widerfahren ist, während wir die Interessen derselben beschützen wollten, ist ihre Lage jetzt bei Weitem trauriger geworden als vor der Expedition. Unser Schützling, unser Alliirter, Maximilian, ist hingerichtet worden, ohne daß wir im Stande gewesen, für seine Rettung einzutreten; unser Geschäftsträger wird wahrscheinlich als Gefangener in Mexiko zurückgehalten. — In Deutschland haben wir ruhig zugehört, wie sich an unseren Grenzen eine große Militärmacht bildete, ohne daß wir von den Konzeptionen, die wir dafür verlangt haben, auch nur die geringste erhalten haben, — weder das Kohlen-Beden an der Saar, noch Luxemburg, ja nicht einmal die Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark. In Italien haben wir es nicht vermocht, die italienische Frage in einer oder der anderen Weise zu lösen, es ist uns vielmehr gelungen, uns die Unzufriedenheit aller Parteien zu erwerben; der Papst beschuldigt uns, ihn verrathen zu haben, und die Italiener klagen uns an, daß wir ihnen verwehren, ihre gerechten Ansprüche auf die Erwerbung Roms zu verwirklichen.“

Es ist unmöglich, daß Frankreich noch länger in dieser Situation verbleibt. Wir können es nicht ruhig mit ansehen, daß unsere Macht durch eine Reihe von Niederlagen fortdauernd sinke. Es ist durchaus notwendig, daß unsere auswärtige Politik wieder einen Sieg erringe, sei es durch die Gewalt der Waffen oder in anderer Weise, einen Sieg, der das Land in den Augen der Franzosen und der anderer Länder wieder erhebt. Geschieht dies nicht, so muß das Gouvernement des zweiten Dezembers immer mehr an Macht verlieren, immer tiefer in den Staub sinken. — Aber dieser Sieg, der ihm durchaus unentbehrlich ist, wo soll er herkommen? Napoleon kann keinen Krieg anfangen, ohne sich vorher zuverlässige Alliirte verschaffen zu haben, die man in den

maßgebenden Kreisen nur in Oesterreich so lange finden zu können glaubte, bis man sich überzeugt hatte, daß Oesterreich zunächst wünschen muß, jeden Krieg zu vermeiden, zugleich aber auch durchaus nicht geneigt ist, ein Bündniß mit Frankreich einzugehen, durch das es Gefahr läuft, jeden Einfluß auf Deutschland zu verlieren. — England und Rußland würden unter allen Umständen sehr unzuverlässige Alliirte sein, die das Kaiserthum bei der ersten Gelegenheit im Stiche lassen würden. — So ist denn die Klemme, in welcher sich Louis Napoleon augenblicklich befindet, eine so arge, daß er nur die Wahl hat, entweder die Revolution im Innern ruhig gegen sich heranziehen zu lassen — oder einen Kampf auf Leben und Tod gegen Deutschland zu beginnen, dessen Resultat wahrscheinlich kein anderes, als der Untergang seiner Herrschaft sein würde. Das französische Volk erkennt diese Eventualität zur Genüge, — und erwartet ein baldiges Ende des Kaiserthums vom zweiten Dezember mit voller Zuversicht, und deshalb mit vollkommener Ruhe.

Um die Stellung Frankreichs zu Mexico und die eigenthümliche Stellung des französischen Geschäftsträgers Dano richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß nach dem Völkerecht Frankreich und Mexico sich noch immer im Kriegszustande befinden und daß daher das gegenwärtige Haupt der mexicanischen Regierung, der Präsident Juarez, sich nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht im Unrechte befindet, wenn er ganz ernsthaft von Kriegskosten-Entscheidung spricht und Anstalten macht, im Weigerungsfalle die kriegerischen Maßregeln, so weit es ihm nöthig scheint, fortzusetzen. Dem Präsidenten Juarez gegenüber ist Herr Dano Nichts, als ein gewöhnlicher Franzose, der mit den Feinden der Republik Mexico gegen diese konspirirt hat. Voraussetzlich wird sogar die republikanische Regierung ihre Maßregeln gegen Alles, was mit Frankreich zusammenhängt, auf die Spitze treiben, um sich für den Ueberfall zu rächen und den Kaiser Napoleon seine Ohnmacht noch mehr fühlen zu machen. Daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas, gegen welche indirect die Einmischung Frankreichs gerichtet war, ein solches Vorgehen des Juarez nicht ungern sehen, ist sehr erklärlich.

Berichte aus Bern melden, daß dem Bundesrath durch die dortige französische Gesandtschaft der Beitritt Griechenlands und des Kirchenstaates zu dem von Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz i. J. 1865 abgeschlossenen Münzvertrage officiell angezeigt worden sei. Der Bundesrath hat gegen den Beitritt Griechenlands keine Einwendungen erhoben, da dessen Münzen in Paris umgeprägt, und die griechische Drachme mit dem Franken, die Lepta mit dem Centime übereinstimmen, mithin Gleichartigkeit des ganzen Systems stattfinden wird; gegen den Beitritt Roms aber erhebt der Bundesrath Einsprache, da dasselbe neben den im vorgenannten Vertrage festgesetzten Münzen seine 50 und 25 Centimesstücke beibehalten will. —

Ein Telegramm aus Constantinopel meldet, daß die Pforte an ihre Agenten im Auslande ein Rundschreiben erlassen hat, welches alle Anklagen über die den türkischen Truppen auf Candia zugeschriebenen Grausamkeiten energisch zurückweist. Das Rundschreiben spricht ferner das Bedauern der türkischen Regierung darüber aus, daß die Schiffe der Großmächte Flüchtlinge von Candia aufnehmen und nach Griechenland führen, welches die eigentliche Wiege des candiotischen Aufstandes sei.

